

1 Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen:

2 Der Weg zu einem grünen Grundeinkommen

3 – eine solidarische und freiheitliche Zukunft gestalten

4 Wir brauchen einen Aufbruch in der Sozialpolitik! Solidarisches Miteinander, soziale Sicherheit, die Würde
5 jedes einzelnen Menschen und das Recht auf Selbstbestimmung, sind grüne Werte, die uns bei unserem
6 Vorschlag für einen Einstieg in ein grünes Grundeinkommen leiten. Hingegen wird eine bedarfsgeprüfte
7 Grundsicherung wie bei der Hartz-Gesetzgebung diesen grünen Werten nicht gerecht.

8 Anhaltend hohe Sockelarbeitslosigkeit, fortschreitende Rationalisierungen, prekäre Arbeitsverhältnisse und
9 befristete Arbeitsverträge kennzeichnen derzeit den Wandel in der Erwerbsarbeit. Der Versuch, den damit
10 verbundenen Umbrüchen mit den Hartz-Gesetzen gerecht zu werden, hat sich jedoch als wenig tauglich
11 erwiesen. Hartz IV bietet keine Lösungsansätze, sondern individualisiert vielmehr strukturell bedingte Ar-
12beitslosigkeit, indem Hartz IV-EmpfängerInnen trotz fehlender Möglichkeiten auf eine Beschäftigung, Sank-
13tionen für mangelnde Arbeitsbereitschaft erfahren. Das Arbeitslosengeld II liegt unter dem Existenzmini-
14mum. Die Praxis von Hartz IV zeigt ein offensichtliches Ungleichgewicht zwischen Fördern und Fordern.
15 Mit den Hartz-Reformen ist bei den Menschen das Gefühl sozialer Sicherheit nicht gewachsen, sondern
16 ganz im Gegenteil stark gesunken. In den Augen weiter Teile der Bevölkerung steht die Einführung dieser
17 „Grundsicherung“ mit dem „Fordern und Fördern“ für soziale Ängste, Armut und Perspektivlosigkeit. Wenn
18 sich in einer reichen Gesellschaft die Angst vor dem Verlust einer würdevollen Existenz bis in ihre Mitte
19 ausbreitet, dann ist es Zeit für eine neue Richtung des Denkens. Wir GRÜNEN haben oft sensibler als an-
20 dere auf Signale aus der Gesellschaft reagiert und den Mut aufgebracht, innovative und zukunftssträchtige
21 Politikansätze zu formulieren. In der Sozialpolitik ist nach dem Scheitern des alten Denkens die Zeit für ei-
22 ne neue Herangehensweise gekommen.

23 Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist nicht neu. Die ersten Gedanken lassen sich bis ins
24 frühe 16. Jahrhundert zurückverfolgen. Die steigenden Arbeitslosenzahlen in den 1980er Jahren führten
25 dazu, dass sich PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Nichtregierungsorganisationen auf europäischer
26 Ebene mit dem Thema auseinandersetzten – daraus resultierte die spezifische Form des Grundeinkom-
27 mens, wie wir sie diskutieren. Eine Vorläuferfraktion der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament bilde-
28 te die Plattform dafür. Wir nehmen den Faden auf.

29 Wie soll es weitergehen? Für uns steht fest: Für einen Aufbruch in der Sozialpolitik, der unseren grünen
30 Wertvorstellungen entspricht, ist ein Grundeinkommen unabdingbar. Drei Punkte sind uns dabei besonders
31 wichtig: Erstens wird bei weitem nicht jedes Grundeinkommensmodell unseren Wertvorstellungen gerecht.
32 Zweitens stellt ein gut durchdachtes Grundeinkommen zwar eine gute Basis für einen zukunftsfähigen Auf-
33bruch in der Sozialpolitik dar, ohne begleitende Maßnahmen entfaltet es aber nur eine begrenzte Problem-
34 lösekraft. Und drittens wollen wir darstellen, dass ein Grundeinkommen nicht nur politisch sinnvoll ist, son-
35 dern mit einem realistischen Konzept auch umsetzbar ist.

36 Die Umstellung vom derzeitigen System bedarfsgeprüfter Sozialleistungen auf ein bedingungsloses
37 Grundeinkommen bedeutet nicht nur, dass damit der immense bürokratische Aufwand für die Kontrolle von
38 Anspruchsberechtigungen entfällt. Sie schafft auch die Voraussetzungen dafür, dass Sozialpolitik ohne
39 Stigmatisierungen und ohne Sanktionsdrohungen auskommen kann. Das entspricht ebenso dem grünen
40 Menschenbild wie der grundgesetzlich garantierten Würde des Menschen. Nur wer Menschen zutraut,
41 Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und ihnen die notwendige Freiheit dazu gibt, schafft Potenzi-
42 ale für Kreativität und Räume für zukunftsfähige Entwicklungen. Damit schlagen wir GRÜNE eine Abkehr
43 vom „Fordern und Fördern“ vor, wie es Hartz IV zugrunde liegt, denn „Fordern“ bedeutet in der Regel auch
44 Bevormundung. Stattdessen machen wir uns dafür stark, mit einem bedingungslosen Grundeinkommen die
45 materielle Basis für eine Existenzsicherung zu schaffen und diese mit Beratungs- und Bildungsangeboten
46 sowie bedarfsabhängigen Leistungen – etwa für besondere Lebenslagen – zu ergänzen. Solidarität heißt,
47 keinen Menschen mit seinen Problemen alleine zu lassen. Solidarität ohne Bevormundung heißt, allen die
48 Freiheit zu geben, selbst darüber zu entscheiden, ob und welche Hilfsangebote sie annehmen möchten.
49 Diese freie Entscheidung ist nur möglich, wenn Hilfe nicht mit möglicherweise Existenz bedrohenden Sank-
50 tionen verbunden ist. Eine Gesellschaft, die Solidarität und Freiheit verknüpfen möchte, braucht daher ein
51 Grundeinkommen, und ergänzt dieses um Bildungschancen und freiwillige Beratungs-, Betreuungs- und
52 Integrationsangebote.

53 Es wäre falsch, das Grundeinkommen als ein Allheilmittel zu verstehen. Es gibt jedoch eine ganze Reihe
54 wünschenswerter gesellschaftlicher Effekte, die mit Hilfe eines bedingungslosen Grundeinkommens er-
55 reichbar sind:

56 § Ohne bürokratischen Aufwand federt das Grundeinkommen Phasen ohne Erwerbstätigkeit, Existenz-
57 gründungen, Bildungszeiten oder Familienphasen für die Erziehung von Kindern oder die Pflege von
58 Älteren – das Patchwork der Lebensläufe in der Wissensgesellschaft – ab. Das Grundeinkommen
59 passt sehr viel besser als andere Modelle zur Erwerbsgesellschaft der Zukunft, die durch flexibilisierte
60 und unstete Erwerbsverläufe gekennzeichnet ist. Nicht zuletzt liegen hier Chancen für nachhaltige Le-
61 bensentwürfe. Damit ist das Grundeinkommen die richtige Antwort auf Prekarisierungstendenzen und
62 eine postindustrielle Erwerbsgesellschaft.

63 § Ein grünes Grundeinkommen trägt zur effektiven Armutsbekämpfung bei und erhöht die gesellschaftli-
64 che Verteilungsgerechtigkeit. Denn es wird besonders durch die Haushalte mit den höchsten Einkom-
65 men finanziert. Damit entspricht das Grundeinkommen grünen Anforderungen an die Sozialpolitik.

66 § Insbesondere reduziert das Grundeinkommen dadurch, dass es auch Kindern zusteht, das mit Kindern
67 verbundene Armutsrisiko und damit die Armut von Familien. Zugleich eröffnet es Chancen für eine ge-
68 schlechtergerechtere Verteilung von Familienarbeit. Damit ist es auch familienpolitisch eine sinnvolle
69 Maßnahme.

70 § Das Grundeinkommen ist ein Recht, das jedem Menschen individuell zusteht. Es ist verbunden mit der
71 Abschaffung von Bedarfsgemeinschaften und des Ehegattensplittings. Damit eröffnet es den Weg in
72 eine geschlechtergerechte Sozialpolitik.

73 Auf den ersten Blick scheint es so, als könne jeder dieser Effekte auch auf anderem Weg erreicht werden.
74 Der Charme eines grünen Grundeinkommens, wie wir es vorschlagen, liegt darin, dass diese Effekte er-
75 reicht werden, ohne eine Vielzahl an unübersichtlichen, hoch bürokratischen und dennoch selten gerechten
76 Einzellösungen notwendig zu machen. Zudem ist es mit dem Anspruch verbunden, die Würde des Men-
77 schen zu stärken und zur menschlichen Entwicklung beizutragen und gleichzeitig auf den Einsatz von
78 Sanktionen zu verzichten.

79 Für ein Grundeinkommensmodell, das diesen Vorstellungen gerecht werden soll, gelten allerdings drei
80 wichtige Eckpunkte: Es muss erstens eng mit dem System der Besteuerung von Einkommen und Vermö-
81 gen gekoppelt sein, um verteilungsgerecht zu wirken. Ein nur an die Konsumbesteuerung gekoppeltes
82 Grundeinkommen halten wir hingegen nicht für tauglich – und auch nicht für kompatibel zum europäischen
83 Binnenmarkt. Es darf zweitens von der Höhe her nicht zu niedrig ausfallen, um nicht neue Armutsfallen zu
84 eröffnen und drittens muss es finanzierbar sein, ohne damit institutionelle Sozialleistungen und Bildungs-
85 angebote in Frage zu stellen. Als ersten, sofort umsetzbaren Schritt in diese Richtung schlagen wir daher –
86 wie unten ausgeführt – ein Sockelgrundeinkommen (partiell Grundesinkommen) vor.

87 Es könnte auch versucht werden, armutsfeste und individualisierte Leistungen durch die Erweiterung einer
88 bedarfsorientierten Grundsicherung einzuführen. Es stellt sich allerdings schnell heraus, dass ein solches
89 Vorgehen nicht nur den bisherigen Bürokratie- und Kontrollapparat beibehält, sondern diesen sogar explo-
90 sionsartig erhöhen würde und dadurch deutlich teurer wäre als die Einführung eines Sockelgrundeinkom-
91 mens, wie wir es vorschlagen. Um es an einem Beispiel konkret zu machen: Selbst wenn die Forderungen
92 aus der grünen Bundestagsfraktion an eine reformierte Grundsicherung – wie höhere Leistungen, bessere
93 Zuverdienste, Individualisierung der Leistungen (d.h. ohne die Anrechnung von PartnerInneneinkommen) –
94 nur teilweise erfüllt werden, würde das Bedarfsprüfungssystem kollabieren. Dann hätten mehr als die Häl-
95 fe (!) aller 4-Personen-Haushalte in Baden-Württemberg Anspruch auf Hartz IV. Dem gegenüber erweist
96 sich der Einstieg in einen Systemwechsel als zukunftsfähige Variante grüner Politik.

97 Die Finanzierungsfrage ist auch deswegen wichtig, weil wir das Grundeinkommen zwar als Einstieg in eine
98 neue Sozialpolitik verstehen, uns aber nicht der Illusion hingeben, damit alle sozialen Probleme der zukünf-
99 tigen Erwerbsgesellschaft lösen zu können. Ein Grundeinkommen muss durch eine Reihe politischer Maß-
100 nahmen ergänzt werden. Insbesondere ist weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik notwendig. Gegen
101 Lohndumping ist – mit und ohne Grundeinkommen – ein Mindestlohn notwendig, wie wir GRÜNE ihn for-
102 dern. Bildungsinvestitionen und ein Recht auf Ausbildung tragen dazu bei, junge Menschen für die Heraus-
103 forderungen der Wissensgesellschaft zu qualifizieren – und die mit dem Grundeinkommen verknüpfte Vor-
104 stellung, eigenständigen freiheitlichen und solidarischen Handelns auch tatsächlich zu ermöglichen. Neben
105 einem Einstieg in das Grundeinkommen mit einem Sockelgrundeinkommen (Baustein 1) formulieren wir

106 daher nachfolgend auch unsere Forderungen an die Arbeitsmarktpolitik (Baustein 2) und an die Bildungs-
107 politik (Baustein 3) sowie die Perspektiven einer Weiterentwicklung des Grundeinkommens. Damit definie-
108 ren wir einen umsetzbaren und finanzierbaren Einstieg in eine Politik, die den Herausforderungen der Zu-
109 kunft gerecht wird. Denn grüne Sozialpolitik ist beides: Visionär und realistisch!

110

111 Bausteine für eine zukunftsfähige Sozialpolitik

112 Wir wollen einen zukunftsweisenden Umbau unseres Sozialsystems voranbringen, der die Solidarität vom
113 Kopf auf die Füße stellt. Dazu gehört ein Existenz sicherndes partielles Grundeinkommen für Kinder und
114 für Erwachsene vor der Rente. Ergänzend notwendige Leistungen für Wohnkosten und für Hilfen in beson-
115 deren Lebenslagen, wie Behinderungen, werden wie bisher bedarfsgeprüft gewährt. Parallel dazu soll der
116 dringend notwendige Ausbau der sozialen Infrastruktur verwirklicht werden, von der Bildung über die Kin-
117 derbetreuung bis zu einer wirklich greifbaren Arbeitsmarktintegration für benachteiligte Menschen. Per-
118 spektivisch sollen die sozialen Sicherungssysteme zur Absicherung der Risiken im Alter, bei Krankheit,
119 Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit nicht mehr an die abhängige Beschäftigung gekoppelt, sondern zu
120 einer solidarischen, aus allen Einkünften gespeisten Bürgerversicherung umgebaut werden.

121 Ein so weit reichendes Projekt, wie die solidarische Neuausrichtung der sozialen Sicherung, kann natürlich
122 nicht auf Knopfdruck verwirklicht werden. Notwendige Anpassungen haben unterschiedliche Geschwindig-
123 keiten: Eine Steuerreform ist zügiger umsetzbar, als der Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Somit
124 gehört zur Praxistauglichkeit eines Konzepts, dass es in überschaubaren und nachvollziehbaren Schritten
125 vollzogen wird. Diese Bausteine müssen in sich schlüssig sein und aufeinander aufbauen. Wir machen
126 hierzu einen konkreten Vorschlag. Aber selbstverständlich ist auch eine andere Vorgehensweise vorstell-
127 bar und je nach den politischen Rahmenbedingungen können einzelne Schritte auch langsamer oder deut-
128 lich schneller umgesetzt werden.

129 Baustein 1: Bedingungsloses Sockelgrundeinkommen

130 In einem ersten Schritt wollen wir ein partielles einkommensteuerfreies Grundeinkommen von zunächst
131 monatlich 420 Euro für Erwachsene unter 65 Jahren und 300 Euro für Kinder bis 18 Jahre einführen. An-
132 spruchsberechtigt sind alle Menschen, die – analog zur heutigen Gesetzeslage – ihren dauerhaften Le-
133 bensmittelpunkt in Deutschland haben. Alle anderen erhalten weiterhin ausschließlich bedarfsgeprüfte
134 Leistungen. Beide Beträge steigen mindestens entsprechend der Inflationsrate.

135 420 bzw. 300 Euro entsprechen der Regelleistung, die Sozialverbände für Hartz IV-EmpfängerInnen for-
136 dern. Diese Leistung gibt es aber für alle, bedingungslos, ohne Bedürftigkeitsprüfung und individualisiert.
137 Leistungen für Menschen in besonderen Lebenslagen sowie für den Wohnbedarf gibt es weiter auf Antrag.
138 Alle bisherigen Hartz IV-EmpfängerInnen sind damit materiell besser gestellt. Für sie entfällt insbesondere
139 die unwürdige Hartz IV-Regelsatzprüfung, bei der auch das PartnerInneneinkommen offen gelegt werden
140 muss. Personen ohne eigenes Einkommen müssen somit durch das Grundeinkommen lediglich bei Bedarf

141 Wohngeld beantragen. Diese Verbesserung gilt besonders für diejenigen, die heute trotz eigenem Ein-
142 kommen auf ergänzende Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Materiell erheblich besser gestellt werden
143 zudem fast drei Millionen Menschen, die im heutigen System verdeckt arm sind.

144 Unverändert bleiben bei diesem ersten Baustein die Sozialversicherungen für Rente, Gesundheit, Pflege
145 und Arbeitslosigkeit sowie ihre Finanzierung durch Beiträge und Steuerzuschüsse. Nur zwei Anpassungen
146 werden vorgenommen: Alle Menschen sind Mitglied einer Krankenversicherung und Beiträge werden bei
147 gesetzlich Versicherten ausschließlich auf Grundlage des Einkommens erhoben. Der Fehlbetrag wird, wie
148 heute bei Hartz IV auch, steuerfinanziert.

149 Unser Vorschlag eines partiellen Grundeinkommens wird vollständig gegenfinanziert, ohne den bisherigen
150 Haushalt zu belasten. Wir streben dazu einen Finanzierungsmix an. Zum einen ergibt sich die Finanzierung
151 aus eingesparten Transferleistungen, denn das grüne Grundeinkommen ersetzt steuerfinanzierte Transfers
152 wie das Arbeitslosengeld II und das Kindergeld. Zum anderen schlagen wir zur Finanzierung eine grund-
153 legende Einkommensteuerreform vor. Flankierend dazu wollen wir eine Weiterentwicklung der ökologischen
154 Finanzreform über die Abschaffung von Ausnahmen bei der bisherigen ökologischen Besteuerung hinaus,
155 um ökologische Anforderungen und soziale Absicherung zu vereinen. Wir wollen dabei an der erfolgrei-
156 chen Einführung ökologischer Steuern unter der rot-grünen Regierung anknüpfen und ein Energiegeld ein-
157 führen. Dieser Vorschlag grüner UmweltpolitikerInnen, bei dem eine Energie- und Ressourcen-
158 Besteuerung unerwünschten Verbrauch verteuert und eingenommene Gelder als „Öko-Bonus“ an die Be-
159 völkerung zurück gibt, wird somit in unser Konzept eines grünen Grundeinkommens integriert.

160 Bei der Einkommensteuerreform für die Finanzierung dieses ersten Bausteins halten wir an progressiven
161 Steuersätzen fest, wie im Bundestagswahlprogramm 2005 beschlossen. Möglichst viele Vergünstigungen
162 in der Einkommensteuer, wie beispielsweise das Ehegattensplitting, sollen gestrichen oder in das Grund-
163 einkommen integriert werden. Es gibt zukünftig nur noch eine Steuerklasse. In der Folge werden endlich
164 alle Einkommen gleichberechtigt gestellt und Frauen wie auch Männer erhalten gleichermaßen einen indi-
165 vidualisierten Anspruch auf das grüne Grundeinkommen. Entscheidend ist vor allem aber: Das grüne
166 Grundeinkommen geht für Menschen, die Steuern zahlen, im Grundfreibetrag auf. Dieser liegt beim grünen
167 Grundeinkommen deutlich höher als der heutige Grundfreibetrag und wird als „negative Einkommensteuer“
168 verrechnet.

169 Konkret bedeutet dies: Personen mit einer Steuerbelastung über dem Grundeinkommen, zahlen Einkom-
170 mensteuer. Liegt die Steuerbelastung aber unterhalb des grünen Grundeinkommens bzw. ist kein Ein-
171 kommen vorhanden, erhalten die Menschen Geld vom Staat – es wird sozusagen eine „negative Steuer“
172 gezahlt. In beispielhaften Zahlen ausgedrückt heißt dies: Eine allein stehende Person kommt auf eine
173 Steuerbelastung von 350 Euro, gleichzeitig besteht aber ein Anspruch auf ein Grundeinkommen von 420
174 Euro. Sie zahlt also unter dem Strich keine Steuern und bekommt zusätzlich die Differenz zum grünen
175 Grundeinkommen, nämlich eine „negative Einkommensteuer“ von 70 Euro ausbezahlt. Hat ein 4-Personen-
176 Haushalt mit zwei Kindern eine Einkommensteuerbelastung von 1.000 Euro, wird diese mit einem Grund-

177 einkommen von 1.440 Euro (420 Euro für die Erwachsenen, je 300 Euro für die Kinder) verrechnet. Die
178 „negative Einkommensteuer“ beträgt hier also 440 Euro. Die Steuerbelastung entfällt und zudem erhält die
179 Familie 440 € ausbezahlt. Die solidarische Verteilungswirkung des grünen Grundeinkommens wird damit
180 offensichtlich: Heutige Hartz IV-EmpfängerInnen erhalten das volle Grundeinkommen ohne Bedarfsprü-
181 fung. Familien mit Kindern werden deutlich besser gestellt als mit dem Ehegattensplitting. Besserverdie-
182 nende zahlen aufgrund der entfallenden Vergünstigungen annähernd den nominalen Steuersatz, der heute
183 häufig real nicht entrichtet wird.

184 Das Grundeinkommen ist mit allen Finanzierungsanteilen machbar. Allerdings wollen wir mit der Vorstel-
185 lung des Konzepts keine abschließende Festlegung der Finanzierung des Grundeinkommens treffen. Auch
186 welche Ausnahmeregelungen bei einer Einkommensteuerreform gestrichen oder in welcher Form gekürzt
187 werden, kann mit diesem Antrag nicht entschieden werden. Dazu bedarf es einer ausführlichen politischen
188 Diskussion innerhalb der GRÜNEN – aber zuvor einen Beschluss für ein grünes Grundeinkommen.

189 Was „passiert“ bei der Einführung des Grundeinkommens unter dem Strich?

190 § Die Situation von den heutigen Hartz IV-EmpfängerInnen wird deutlich verbessert.

191 § Das Grundeinkommen hilft nicht nur bei verdeckter Armut, sondern es wirkt zudem gesellschaftlichen
192 Ausgrenzungsprozessen entgegen.

193 § Der Bürokratieaufwand wird deutlich reduziert.

194 § Die Zuverdienstmöglichkeiten werden verbessert. Da nur zusätzliches Einkommen solidarisch
195 versteuert wird, bietet es zugleich Leistungsanreize, wo heute Fehlanreize bestehen: Das
196 Lohnabstandsgebot wird optimal erfüllt.

197 § Unstete Erwerbsverläufe werden abgesichert.

198 § Individualisierte, nicht an die PartnerIn oder Haushalt gekoppelte, Ansprüche kommen besonders
199 Frauen zugute.

200 § Das Steuersystem wird einfacher, übersichtlicher und Ungerechtigkeiten werden korrigiert. In der
201 Fortsetzung der rot-grünen Steuerpolitik wird der derzeitige Grundfreibetrag durch das grüne
202 Grundeinkommen in der Einkommensteuer deutlich erhöht.

203 § Mit dem Energiegeld entsteht ein zusätzlicher Anreiz für klimafreundliches Verhalten, ohne ärmere
204 Menschen zu belasten.

205 Entscheidend ist: Im Wesentlichen handelt es sich bei den vorgeschlagenen Änderungen um eine Umver-
206 teilung zwischen Erwerbstätigenhaushalten: Kleinverdiener zahlen entweder keine Steuer oder erhalten in
207 der Summe sogar einen Zuschuss. Familien werden durch das Kindergrundeinkommen begünstigt bzw.
208 erst gar nicht arm. Gutverdienende werden in vertretbarem Umfang stärker herangezogen. Mit seiner Ver-
209 teilungswirkung trägt es dazu bei, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich in unserem Land ein Stück
210 weit überwunden wird.

211 Baustein 2: Arbeitsmarkt und Ausbildung – niemanden vergessen

212 Wir stehen nicht am Ende, aber mitten in einem dramatischen Wandel der Erwerbsgesellschaft. Die Ar-
213beitsmarktentwicklung hat sich vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. Zeitarbeit, Teilzeit, befristete Arbeits-
214verträge, Praktika, 400-Euro-Jobs, Frühverrentung und prekäre Arbeitsverhältnisse, bei denen Löhne un-
215terhalb des Existenzminimums bezahlt werden, lösen die bisher bekannten Verantwortlichkeiten zwischen
216Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden auf. Aber trotz diesen gesellschaftlichen Veränderungen – die Teil-
217habe an Erwerbsarbeit bedeutet für die meisten Menschen weiterhin gesellschaftliche Anerkennung, sozia-
218le Kontakte und bestimmt zudem das individuelle Selbstwertgefühl. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit hin-
219gegen isoliert die Menschen und belastet Familien und Partnerschaften. Eine solidarische Arbeitsmarktpoli-
220tik muss daher ein Kernstück grüner Sozialpolitik bleiben.

221 Das „Fördern und Fordern“ der Hartz-Gesetzgebung hat versagt. „Fördern“ mit Zwang führt zu Verweige-
222rung. Willkürliche und damit sinnlose Maßnahmen demotivieren. Beides zusammen nimmt den Menschen
223die Perspektiven und lässt sie verzweifeln. Zudem haben viele Menschen durch Hartz IV und die Einfüh-
224rung der Bedarfsgemeinschaften nicht nur ihre eigenständige Existenzsicherung, sondern auch die An-
225spruchsvoraussetzungen für arbeitsmarktpolitische Unterstützung, verloren. Nach Schätzungen des DGB
226sind die Betroffenen zu 90% Frauen.

227 Ein Umdenken ist zwingend notwendig: Wir wollen ein arbeitsmarktpolitisches Konzept, das Freiwilligkeit,
228Selbstbestimmung und Individualität respektiert und die Menschen nicht als defizitär, sondern mit all ihren
229Ressourcen und Stärken wahrnimmt. Konkret bedeutet dies Unterstützungsangebote für alle Menschen,
230die freiwillig genutzt werden und sich an den Fähigkeiten, Interessen und Lebensplanungen der Menschen
231orientieren. Nur unter diesen Voraussetzungen werden Motivation, Verantwortung und Engagement geför-
232dert.

233 Auch bei einem bedingungslosen Grundeinkommen bleibt eine organisierte Arbeitsvermittlung notwendig.
234 Von Bedarfsprüfungen und Leistungsgewährung entlastet, können die Arbeitsagenturen bzw. ARGEN ih-
235rem eigentlichen Zweck – nämlich Beratung, Qualifizierung und Vermittlung – gerecht werden. Berufliche
236Unterstützungsangebote können und sollen in die soziale Stadtteilarbeit, in die mobile und offene Jugend-
237arbeit integriert werden.

238 In diesem Sinne muss die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgebaut werden, denn ohne gezielte Förderung
239werden viele Erwerbslose, insbesondere Frauen, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Durch den
240Wegfall von Bedarfsprüfungen und Leistungsgewährung (jede Bedarfsprüfung verursacht Verwaltungskos-
241ten zwischen 1.500 und 2.000 €) wird dies in großem Umfang ohne die Entstehung von zusätzlichem Auf-
242wand möglich. Neben der individuellen Beratung sind Weiterbildungs-, Umschulungs- und Qualifizierungs-
243angebote sowie Förderprogramme zur Existenzgründung notwendig, um passgenaue Wege in die Arbeits-
244welt zu eröffnen. Standardmaßnahmen lehnen wir dagegen ab. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die
245keinerlei Rücksicht auf Begabung oder Biographie der sich in dieser Maßnahme befindlichen Personen

246 nehmen, verursachen großen bürokratischen Aufwand bei mäßigem Erfolg. Unterstützungsangebote müs-
247 sen zu den Erwerbslosen passen – nicht umgekehrt.

248 Auch Erwerbslose, die auf absehbare Zeit keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen
249 Perspektiven. Eine ehrliche Arbeitsmarktpolitik kann dies nur durch staatlich geförderte – auch zeitlich un-
250 begrenzte – Beschäftigung leisten. Auch mit Einführung eines Grundeinkommens gilt: Der Sozialstaat soll
251 nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit finanzieren. Dafür brauchen wir keine kurzfristigen und sinnlosen 1-
252 Euro-Jobs, sondern reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit Qualifizierungsanteilen als
253 Brücke in Ausbildung und in den ersten Arbeitsmarkt.

254 Insbesondere junge Menschen brauchen Perspektiven. Jeder junge Mensch hat unabhängig von seinen
255 individuellen Fähigkeiten und seiner sozialen Stellung ein Recht auf Ausbildung und gesellschaftliche Teil-
256 habe, auch an Erwerbsarbeit. Die Unternehmen, aber auch der Sozialstaat, müssen Verantwortung über-
257 nehmen und das Recht auf Ausbildung garantieren. Ungleiche Startchancen werden in ihren negativen
258 Folgen nicht durch finanzielle Transfers begrenzt, sondern durch ein leistungsfähiges Bildungssystem,
259 durch gezielte Beratung, Begleitung und Ausbildungsangebote an der Schnittstelle vom Bildungssystem
260 zum Arbeitsmarkt. Das duale System muss gestärkt werden. Die schulischen und außerbetrieblichen Aus-
261 bildungsmöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Vor allem die Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik
262 müssen gebündelt und ausschließlich in Richtung Ausbildung verwendet werden.

263 Die Arbeitslosigkeit betrifft verstärkt gering Qualifizierte, denn vor allem Einfacharbeitsplätze sind von Rati-
264 onalisierungen und Arbeitsplatzverlagerungen bedroht. Im Kontext des demografischen Wandels müssen
265 insbesondere die Beschäftigungspotenziale im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen gestärkt
266 werden. Existenzgründungen und Selbstständigkeit müssen gefördert werden. Auch dem stetigen Trend zu
267 Niedriglöhnen muss Grenzen gesetzt werden. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach branchenspe-
268 zifisch und regional orientierten Mindestlöhnen mit gesetzlich festgelegter Mindesthöhe.

269 Baustein 3: Gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung

270 In einer sich stetig verändernden Arbeitswelt, die neue Fähigkeiten erfordert und in der Wissen zur wert-
271 vollsten Ressource geworden ist, werden langfristig nur diejenigen gute Chancen auf gesellschaftliche
272 Teilhabe haben, die über vielfältige Kompetenzen verfügen. Arbeitslosigkeit und Armut betreffen vor allem
273 Bevölkerungsschichten ohne oder mit niedrigem Bildungsabschluss. Wir wollen Bildung für alle ermögli-
274 chen, unabhängig von der sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Deshalb wollen wir einen
275 grundlegenden Umbau unseres Bildungssystems vorantreiben. Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren
276 viele gute Bildungskonzepte entwickelt und verabschiedet – diese gilt es jetzt umzusetzen! Die Einführung
277 des bedingungslosen Grundeinkommens steht dem nicht entgegen. Investitionen in Bildung bleiben – wie
278 heute auch – möglich. Wir wollen die 9-jährige Basisschule für alle.

279 Bildung beginnt für uns bereits im Vorschulalter. Die individuellen Fähigkeiten unserer Kinder müssen mög-
280 lichst früh gefördert werden. Die Verteilung von Schülerinnen und Schülern auf Hauptschule, Realschule

281 und Gymnasium sortiert heute bereits nach der vierten Klasse in VerliererInnen und GewinnerInnen. Wir
282 wollen die Schule für „alle“ in kommunaler Verantwortung. Anstelle eines einheitlichen Angebots, sollen die
283 Schulen die Möglichkeit haben, sich mit passenden Angeboten auf die SchülerInnen einzustellen. Auch die
284 extreme Abhängigkeit der individuellen Bildungschancen vom Bildungsniveau des Elternhauses muss uns
285 alarmieren. Mehr Chancengerechtigkeit bei der Bildung eröffnet Perspektiven und motiviert zur aktiven
286 Teilhabe in unserer Gesellschaft. Eine intensive Betreuung der Schülerinnen und Schüler ist uns wichtig.
287 Deshalb wollen wir die Schulsozialarbeit stärken.

288 Mit einer Ganztageschule, die diesen Namen auch verdient, wollen wir den Schulalltag entzerren und eine
289 individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Hierzu gehört eine vernünftige Schul-
290 speisung und ebenso spezielle Betreuungsangebote. Die PISA-Sieger aus Finnland, ebenso die positiven
291 Beispiele in Deutschland, machen es uns vor: Eine gute Schule ist immer auch eine humane Schule. Sie
292 sieht Vielfalt und individuelle Förderung nicht als Gegensatz. Motivation entsteht nicht durch Angst und
293 Druck, sondern durch eine Kultur der Aufmerksamkeit und der Anerkennung. Damit wird soziale Verantwor-
294 tung und zugleich die Fähigkeit zur individuellen Gestaltung des eigenen Lebens in einer pluralistischen
295 und demokratischen Gesellschaft gefördert.

296 Auch nach Schule und Ausbildung darf sich der Staat nicht aus der Verantwortung zurückziehen. Weiter-
297 bildungsangebote sind notwendig, damit Menschen ihre Fähigkeiten für neue Aufgabenbereiche und an die
298 veränderten Bedingungen der Arbeitswelt anpassen können. Lebenslanges Lernen ist ein zentrales Ele-
299 ment eines zukunftsfähigen Bildungssystems um Chancen- und Zugangsgerechtigkeit zu erreichen.

300 Ein modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb muss in Zukunft
301 mehr Geld in unser Bildungssystem fließen. Neben dem Vorhandensein finanzieller Mittel kommt es aber
302 mindestens genau so sehr auf deren richtige Verteilung an – und auf die Qualität, die damit geschaffen
303 wird.

304

305 Anschlussprojekt: Bürgerversicherung

306 Mit den Bausteinen 1 bis 3 – Grundeinkommenssockel, Arbeits- und Bildungspolitik – kann in absehbarer
307 Zeit der Einstieg in ein Grundeinkommen realisiert werden. Die im Folgenden skizzierten Anschlussprojek-
308 te zeigen eine mögliche Perspektive auf, wie das grüne Grundeinkommen weiter entwickelt werden kann.

309 Dazu gehört die Umstellung der Kranken- und Pflegeversicherung auf eine Bürgerversicherung, wie sie der
310 aktuellen grünen Beschlusslage entspricht. Bürgerversicherung heißt: Die Bemessungsgrundlage ist dann
311 nicht mehr das Einkommen aus abhängiger Beschäftigung, sondern das gesamte Einkommen einschließ-
312 lich der Kapitaleinkünfte, Zinsen und Mieten. Dadurch wird die Lastenverteilung solidarischer. Ein weiterer
313 wichtiger Gesichtspunkt: Während die Einkommen der abhängig Beschäftigten in den letzten Jahren stag-
314 niert und zum Teil gesunken sind, ist die Summe aller Einkünfte stetig gestiegen. Die Finanzierungsgrund-
315 lage ist daher nicht nur solidarischer, sondern auch krisenfester.

316 Überlegenswert ist zudem, die Rentenversicherung als Bürgerversicherung zu gestalten. Alle Erwachsene
317 nen, die noch nicht in Rente sind, wären beitragspflichtig. Vorbild für eine erneuerte Rentenversicherung
318 könnte das Schweizer Modell der Alterssicherung sein, mit einer Mindest- und Höchstleistung für künftige
319 Altersbezüge, damit auch für Rentnerinnen und Rentner ein Grundeinkommen entsteht. Bisher erworbene
320 Ansprüche werden weiter finanziert, mit einer integrierten Mindestsicherung als Schutz vor Armut.

321 Weitere Schritte könnten besondere Grundeinkommensregelungen für Auszubildende und Studierende
322 sein, um deren spezifischen Lebenssituationen gerecht zu werden. Ebenso wollen wir einen Freibetrag in
323 den Sozialversicherungen, um mit einem abgabefreien Existenzminimum gerade GeringverdienerInnen
324 den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Mit der Einführung der Bürgerversicherung und der damit
325 verbundenen solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme kann zudem entweder das So-
326 ckelgrundeinkommen erhöht oder die Sozialabgaben gesenkt werden.

327

328 Auf den Punkt gebracht:
329 Grundeinkommen, die Antwort auf soziale Herausforderungen

330 Wo heute unüberwindbare Hindernisse und Sackgassen erscheinen, wird durch ein partielles Grundein-
331 kommen grüne Politik erst wieder möglich! Aber dennoch befreit kein politisches Konzept das Gemeinwe-
332 sen von der Pflicht, im Diskurs über die Ausgestaltung seines Zusammenlebens zu entscheiden. Ein be-
333 dingungsloses Grundeinkommen ist auch kein Allheilmittel gegen diskriminierende Lebensumstände von
334 „BildungsverliererInnen“, Frauen, MigrantInnen und Erwerbslosen. Unabhängig von einem bedingungslo-
335 sen Grundeinkommen bleiben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Bildungs-, Gender- und Ar-
336 beitsmarktpolitik wichtig!

337 Antwort auf die postindustrielle Erwerbsgesellschaft

338 Ein Grundeinkommen führt dazu, dass die Rechte der ArbeitnehmerInnen gestärkt werden und „atypische“
339 bzw. unstete Erwerbsbiographien abgesichert sind. Es besteht ein Gleichgewicht aus Schutz und Anreizen:
340 Alle Menschen haben einen deutlichen Anreiz dazuzuverdienen. Aber sie sind, anders als heute, nicht
341 mehr gezwungen, jede Arbeit zu jedem Preis anzunehmen. Mindestlöhne werden so leichter durchsetzbar.

342 Antwort auf zunehmende sozialpolitische Problemlagen

343 Durch das Grundeinkommen werden Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen materiell bes-
344 ser gestellt. Steigt das Grundeinkommen perspektivisch an, erhalten immer mehr arme Menschen das so-
345 zio-kulturelle Existenzminimum auch ohne bedarfsgeprüfte Zusatzleistungen. Ebenso werden kleine und
346 mittlere Einkommen durch das Grundeinkommen deutlich besser gestellt.

347 Antwort auf familienpolitische Anforderungen

348 Ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt Impulse für Familien. Da jedes Kind ein eigenes Einkommen
349 hat, stellt es kein Armutsrisiko mehr dar. Der Steuerzuschuss, also die negative Einkommenssteuer, be-

350 günstig insbesondere Lebensverhältnisse mit Kindern. Familien haben mehr Freiheit in ihrer Lebensgestal-
351 tung. Für beide Elternteile wird es leichter, sich beispielsweise vorübergehend für Teilzeitarbeit zu ent-
352 scheiden. Die Situation für Alleinerziehende verbessert sich erheblich.

353 Antwort auf frauenpolitische Forderungen

354 Ein bedingungsloses Grundeinkommen kommt verstärkt Frauen zu Gute. Durch die individuelle Auszah-
355 lung des Grundeinkommens sinkt die finanzielle Abhängigkeit, eine eigenständige Sicherung unabhängig
356 von einem Partnereinkommen ist möglich. Bedarfsgemeinschaften hingegen tradieren Geschlechterrollen.
357 Arbeitsförderung ist nicht mehr an Transferleistungen gekoppelt – insbesondere für Frauen werden damit
358 wieder die durch Hartz IV verschlossene Wege in die Arbeitswelt eröffnet.

359

360 Zukunftsperspektive: offen, solidarisch, ökologisch

361 Mit dem gleitenden Einstieg in ein Grundeinkommen zeigen wir GRÜNE, dass wir uns offensiv mit den Zu-
362 kunftsfragen unserer Gesellschaft auseinandersetzen und bereit sind neue Wege zu gehen. Statt beste-
363 hende Strukturen nur in Details zu verändern, greifen wir positive Impulse aus der Gesellschaft auf und fin-
364 den gangbare Wege hin zu einer offenen und solidarischen Gesellschaft.

365 Unser Vorschlag setzt bei der Würde des Menschen an. Er setzt auf mündige BürgerInnen. Mit der Siche-
366 rung der materiellen Existenz und dem Abbau von Bürokratie wird die Freiheit zu selbst bestimmtem Tä-
367 tigtwerden gewonnen. Gesellschaftliche Teilhabe für alle wird erleichtert. Unsere Richtung heißt: Ein Exis-
368 tenz sicherndes Einkommen ist Bürgerrecht. Das Grundeinkommen kann mithelfen, die einseitige Wert-
369 schätzung von Erwerbsarbeit zu überwinden und die bürgerschaftliche Betätigung zu fördern. Gesellschaft-
370 liche Teilhabe entsteht auch durch Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit.

371 Ein Umbau unseres Sozialsystems unterstützt auch die ökologischen Herausforderungen, vor denen wir
372 stehen. Spätestens seit der Debatte um die „Nachhaltige Entwicklung“ geht unsere Partei davon aus, dass
373 sich ökologische Verbesserungen nicht mit sozialen Verwerfungen vertragen. Grüne Politik braucht ein
374 starkes soziales Profil. Weitere Schritte einer ökologischen Steuerreform finden in unserem Vorschlag für
375 einen Einstieg ins Grundeinkommen eine gute Basis, um ökologische Anforderungen und materielle Si-
376 cherheit zusammenzubringen.

377 Es bestehen gute Chancen, dass über das Grundeinkommen andere Werte als Geld und Konsum an Ge-
378 wicht gewinnen. Die Suche nach ökologisch verträglicheren Lebensstilen ist die positive Antwort auf die
379 Kritik am Konsumismus. Es geht darum, ein nicht nur Existenz sicherndes, sondern darüber hinaus auch
380 kulturell reiches Leben zu ermöglichen.

381 Auf der Grundlage des gleitenden Einstiegs in das Grundeinkommen wird es möglich, solche Fragen nicht
382 nur theoretisch, sondern anhand der praktischen Erfahrungen zu debattieren. In welche Richtung die
383 nächsten Schritte führen, kann die Gesellschaft an jedem Punkt neu entscheiden. Jeder Schritt kann in fi-

384 nanzierbaren und politisch handhabbaren Etappen umgesetzt werden. Der von uns vorgeschlagene Ein-
385 stieg ins Grundeinkommen verbaut nichts, sondern öffnet neue Möglichkeiten, weitere gesellschaftliche
386 Prioritäten und die nächsten Schritte in einem demokratischen und ergebnisoffenen Prozess jeweils neu
387 auszuhandeln.

388
389 Begründung:
390 erfolgt mündlich

391
392
393 AntragstellerInnen:

394
395 Beate Müller-Gemmeke, Landesvorstand (KV Reutlingen), Boris Palmer, OB (KV Tübingen), Thomas Po-
396 reski (KV Reutlingen), Gerhard Schick, MdB (KV Mannheim), Ursula Marx (KV Stuttgart), Christoph Bader,
397 Landesvorstand (KV Schwäbisch Gmünd), Ulrike Maier, Sprecherin LAG FrauenPolitik (KV Karlsruhe), Ha-
398 rald Dolderer, Landesschatzmeister (KV Ludwigsburg), Eva Vögtle (KV Konstanz), Sylvia Kottling-Uhl, MdB
399 (KV Karlsruhe), Winfried Böhler, (KV Stuttgart), Bärbl Mielich, MdL (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Win-
400 fried Hermann, MdB (KV Tübingen), Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Max Burger-
401 Heidger (KV Rottweil), Dirk Werhahn (KV Ludwigsburg), Doro Meuren, LAG FrauenPolitik (KV Neckar-
402 Bergstraße), Ulrike Sturm (KV Rems-Murr), Rolf Gramm (KV Odenwald-Kraichgau), Ulrike Liebisch (KV
403 ???)